

Pressemitteilung

15.07.2025

## Venezuela:

Gewaltsames Verschwindenlassen ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit

- **Das gewaltsame Verschwindenlassen von Personen durch die venezolanischen Behörden ist Teil eines weit verbreiteten und systematischen Angriffs auf die Zivilbevölkerung, insbesondere auf diejenigen, die als Dissident\*innen betrachtet werden, und stellt ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit dar.**
- **Von den 15 Fällen von gewaltsam verschwundenen Personen, die Amnesty International seit Juli 2024 dokumentiert hat, sind 11 weiterhin Opfer von gewaltsamem Verschwindenlassen, darunter Venezolaner\*innen und Bürger der Vereinigten Staaten, Frankreichs, Spaniens, der Ukraine, Kolumbiens und Uruguays.**
- **Der Internationale Strafgerichtshof und nationale Gerichte, die die universelle Gerichtsbarkeit ausüben, sollten die mutmaßlich Verantwortlichen untersuchen und - sofern ausreichende Beweise vorliegen - bis zu den höchsten Instanzen verfolgen.**

Die venezolanischen Behörden haben das Verschwindenlassen von Personen als Teil ihrer Politik der Unterdrückung von Dissident\*innen und solchen, die sie als solche wahrnehmen, begangen und tun dies auch weiterhin, so Amnesty International in ihrem Bericht [Verhaftungen ohne Spur: Das Verbrechen des gewaltsamen Verschwindenlassens in Venezuela](#), der die Situation von 15 Personen analysiert, die zwischen den Präsidentschaftswahlen vom 28. Juli 2024 und dem 15. Juni 2025 gewaltsam verschwunden sind.

Auf der Grundlage dieses neuen Berichts und der Recherchen der Organisation in den letzten zehn Jahren kommt Amnesty International zu dem Schluss, dass diese schweren Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen nach internationalem Recht als Teil eines weit verbreiteten und systematischen Angriffs gegen die Zivilbevölkerung in Venezuela begangen werden.

"Einmal mehr zeigen die venezolanischen Behörden, dass ihre Grausamkeit keine Grenzen kennt. Gewaltsames Verschwindenlassen bedeutet, nicht zu wissen, wo ein Familienmitglied ist, in welchem Zustand es sich befindet oder ob es noch lebt oder schon tot ist. Es handelt sich um ein Verbrechen, das das Leben und die Unversehrtheit der gewaltsam verschwundenen Person ernsthaft gefährdet und ihre Familie einem ständigen Leiden aussetzt, das von der Ungewissheit, der Angst und der täglichen Qual um die Frage des Verbleibs ihrer Angehörigen geprägt ist", sagte Agnès Callamard, Generalsekretärin von Amnesty International.

"Die internationale Gemeinschaft kann die Menschenrechtskrise in Venezuela nicht hinnehmen oder ignorieren. Das Ausmaß und die Schwere der im Land begangenen Verbrechen - insbesondere das gewaltsame Verschwindenlassen von Menschen - müssen das Gewissen der Welt aufrütteln und die internationale Justiz zum Handeln veranlassen. Als internationales Verbrechen zieht es nicht nur die Verantwortung des Staates nach sich, sondern auch die strafrechtliche Verantwortung der einzelnen Beamten, die es begehen."

Die Untersuchungen von Amnesty stützen sich auf die internationalen Menschenrechtsgesetze, nach denen drei Elemente kumulativ vorliegen müssen, damit ein Verschwindenlassen festgestellt werden kann: (1) die Inhaftierung einer Person; (2) durch Vertreter des Staates oder Personen, die mit Genehmigung, Unterstützung oder Duldung des Staates handeln; (3) das offizielle Leugnen der Inhaftierung oder das Verschweigen des Schicksals oder des Verbleibs der inhaftierten Person.

Der zeitliche Rahmen des Berichts beginnt mit den Präsidentschaftswahlen vom 28. Juli 2024 und umfasst die Repression, die auf das von der Regierung von Nicolás Maduro verkündete umstrittene Ergebnis folgte. Die Strategien der Regierung zur Unterdrückung von Äußerungen zugunsten eines politischen Wandels folgten einem bekannten und wiederkehrenden Muster, wenn auch in einem bisher nicht gekanntem Ausmaß: 25 Menschen verloren ihr Leben, mindestens 2.200 Menschen wurden willkürlich und unrechtmäßig ihrer Freiheit beraubt, und möglicherweise wurden Hunderte von ihnen zum Verschwinden gebracht, wobei ihre Festnahme geleugnet oder ihr Schicksal oder ihr Verbleib verschleiert wurde. Im Fall der 15 Personen, deren Verschwinden von Amnesty International untersucht wurde, sind die Generaldirektion für militärische Spionageabwehr (DGCIM), der boliviarische Geheimdienst (SEBIN) und die boliviarische Nationalgarde die Hauptverantwortlichen für diese willkürlichen Inhaftierungen.

Der Verbleib von 11 der 15 gewaltsam verschwundenen Personen, deren Fälle von Amnesty International untersucht wurden, ist weiterhin unbekannt. Es handelt sich um Andrés Martínez, Damián Rojas, Danner Barajas, Dennis Lepaje, Eudi Andrade, Fabián Buglione, Jorgen Guanares, Jose María Basoa, Lucas Hunter, Rory Branker und Yevhenii Petrovish Trush. Lediglich der Verbleib von vier Personen konnte geklärt werden: Alfredo Díaz, der vier Tage lang gewaltsam verschwunden war, Eduardo Torres, der acht Tage lang gewaltsam verschwunden war, und Rosa Chirinos und Raymar Pérez, die vier Monate lang gewaltsam verschwunden waren.

Zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieses Berichts waren nach Angaben der Organisation Foro Penal mindestens 46 Personen möglicherweise gewaltsam verschwunden.

## **WILLKÜRLICHE VERHAFTUNGEN UND VERHEIMLICHUNG DES AUFENTHALTSORTES**

In den meisten von Amnesty International untersuchten Fällen schien die Inhaftierung willkürlich zu sein, da es keine Rechtsgrundlage dafür gab. Darüber hinaus war der Grund für die Inhaftierung in praktisch allen Fällen politischer Natur: Die Opfer wurden inhaftiert, weil sie an Protesten teilgenommen hatten, weil sie politisch hochrangige Personen transportiert hatten oder weil sie Mitglieder oppositioneller politischer Parteien, Aktivist\*innen, kritische Journalist\*innen oder Menschenrechtsverteidiger\*innen waren.

So wird beispielsweise vermutet, dass die Festnahme von **Rory Branker**, der am 20. Februar 2025 vom SEBIN verhaftet wurde und dessen Verbleib unbekannt ist, der Bestrafung des Medienunternehmens La Patilla diene, bei dem er als Redakteur arbeitet und das für seine regierungskritische Haltung bekannt ist.

Im Allgemeinen verweigerten die Behörden Informationen über die Inhaftierung all dieser Personen. Wenn sie sie bestätigten, verweigerten sie anschließend Informationen über ihr Schicksal oder ihren Verbleib. Ihre Familien suchten unermüdlich Regierungsbehörden, Staatsanwaltschaften, die Justiz und verschiedene Haftanstalten auf, um ihre Angehörigen ausfindig zu machen, erhielten aber keine Antwort. Das DGCIM-Hauptquartier in Boleíta, das SEBIN-Hauptquartier, bekannt als El Helicoide, und das Haftzentrum Rodeo I - alle in oder in der Nähe von Caracas gelegen - stechen als die Orte hervor, die vom Staat am häufigsten benutzt werden, um Opfer des Verschwindenlassens festzuhalten.

Die Ehefrau und die Kolleg\*innen von **Eduardo Torres**, einem Anwalt der Menschenrechtsorganisation PROVEA, der am 9. Mai 2025 willkürlich festgenommen wurde und dessen Verbleib tagelang unbekannt war, reichten Beschwerden bei der Staatsanwaltschaft und der Ombudsstelle ein, wobei sie erfolglos versuchten, seine Inhaftierung anzufechten, und mehrere Haftanstalten - darunter El Helicoide - besuchten, um seine Inhaftierung zu bestätigen und ihn ausfindig zu machen. Nach einer Pressekonferenz, auf der PROVEA sein Verschwindenlassen anprangerte, bestätigte der

Generalstaatsanwalt öffentlich seine Inhaftierung, ohne jedoch seinen Aufenthaltsort zu nennen. Am 17. Mai schließlich bestätigten die SEBIN-Mitarbeiter, dass er sich in ihrem Gewahrsam befindet.

In den Fällen dieser 15 Personen wurde ihnen nicht nur systematisch ein ordnungsgemäßes Verfahren und das Recht auf einen fairen Prozess verweigert, sondern bestimmte Mechanismen des Justizapparats dienten auch dazu, willkürlichen und rechtswidrigen Verfahren den Anschein von Legalität zu verleihen und das Verschwindenlassen zu erleichtern. Zu den wichtigsten Elementen dieser Mechanismen zählt Amnesty International: geheime Anhörungen; die Einsetzung von Pflichtverteidiger\*innen, die nicht als unabhängige Rechtsbeistände fungieren wollten oder konnten; die Inanspruchnahme von Gerichten, denen es an Unabhängigkeit mangelt, wie den so genannten Gerichten gegen den Terrorismus; die faktische Aufhebung des *Habeas Corpus* von inhaftierten Personen; und die Instrumentalisierung der Staatsanwaltschaft als Organ der politischen Verfolgung unter dem Deckmantel der Bekämpfung des angeblichen "Terrorismus". Darüber hinaus haben die staatlichen Behörden in vielen Fällen die Opfer auch öffentlich identifiziert und stigmatisiert.

Darüber hinaus gibt es Hinweise darauf, dass mehrere der gewaltsam verschwundenen Personen möglicherweise gefoltert oder anderweitig misshandelt wurden, um "Geständnisse" zu erlangen oder zu fälschen oder um sie zu zwingen, "Zeugenaussagen" zu machen, die andere belasten.

## **INHAFTIERUNG UND GEWALTSAMES VERSCHWINDENLASSEN VON AUSLÄNDER\*INNEN**

Nach den Wahlen vom 28. Juli 2024 gab die Regierung von Nicolás Maduro die Verhaftung von mehr als 150 "ausländischen Söldnern" bekannt. Die venezolanischen Behörden scheinen diese Praxis zu nutzen, um ihre Behauptungen über "ausländische Verschwörungen" zu rechtfertigen und als Druckmittel bei Verhandlungen mit anderen Ländern zu verwenden. Amnesty International dokumentierte mehrere Fälle von Personen, deren Verhaftung offenbar in erster Linie durch ihre Nationalität begründet war.

"Wir erinnern alle Beamten, die in das Verschwindenlassen von Personen - auch von Ausländern - verwickelt sind, daran, dass das Verbot dieses Verbrechens absolut ist und keine Ausnahmen zulässt, auch nicht bei der Bekämpfung des angeblichen 'Terrorismus'. Das gewaltsame Verschwindenlassen ist ein Verbrechen nach internationalem Recht, das nicht verjährt", sagte Agnès Callamard.

**Yevhenii Petrovich Trush**, ein 19-jähriger Ukrainer, der mit einer Autismus-Spektrum-Störung und einem Aufmerksamkeitsdefizit-Hyperaktivitätssyndrom lebt, wurde ohne ersichtlichen Grund festgenommen, als er an der internationalen Brücke Atanasio Girardot im Bundesstaat Táchira an der Grenze zu Kolumbien Asyl beantragte. Seit dem 20. Oktober 2024 sind sein Schicksal und sein Verbleib unbekannt, obwohl die Mutter seiner venezolanischen Lebensgefährtin sich mehrfach um ihn bemüht und ihn gesucht hat.

Die spanischen Staatsbürger **Andrés Martínez** und **Jose María Basoa** wurden im September 2024 unter dem Vorwurf verhaftet, dem spanischen Geheimdienst (National Intelligence Center, CNI auf Spanisch) anzugehören und Teil eines angeblichen Netzwerks von "Söldnern" zu sein, deren Ziel es sei, die venezolanische Regierung "anzugreifen", wie der Innenminister Tage später auf einer Pressekonferenz erklärte. Beide Männer waren zu touristischen Zwecken in das Land eingereist, und die spanischen Behörden bestritten jede Verbindung zwischen ihnen und dem CNI. Bis heute bleiben sie gewaltsam verschwunden.

## **TEIL EINES WEIT VERBREITETEN UND SYSTEMATISCHEN ANGRIFFS**

Vor dem Hintergrund der laufenden Ermittlungen der Anklagebehörde des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Venezuela konzentrierte sich die Analyse von Amnesty International auch auf das gewaltsame Verschwindenlassen als Verbrechen gegen die Menschlichkeit gemäß dem Römischen Statut des IStGH.

Artikel 7 des Statuts sieht vor, dass verbotene Handlungen, einschließlich des "gewaltsamen Verschwindenlassens von Personen", Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen, wenn sie "als Teil eines weitverbreiteten oder systematischen Angriffs, der sich gegen eine Zivilbevölkerung richtet, und in Kenntnis des Angriffs" begangen werden.

2019 stellte [Amnesty International](#) fest, dass es in Venezuela weitverbreitete und systematische Angriffe auf die Zivilbevölkerung gab und dass mindestens seit 2014 Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen wurden. Damals bezeichnete die Organisation willkürliche Verhaftungen, außergerichtliche Hinrichtungen und Verletzungen durch übermäßige Gewaltanwendung als Elemente einer staatlich gelenkten Repressionspolitik. Später wurde auch das mögliche Verbrechen der [Verfolgung](#) aufgenommen.

In ihrem neuen Bericht kommt Amnesty International zu dem Schluss, dass zumindest einige der dokumentierten Fälle von gewaltsamem Verschwindenlassen als Teil des weit verbreiteten und systematischen Angriffs gegen die Zivilbevölkerung in Venezuela begangen wurden und auch Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Sinne des Römischen Statuts darstellen.

## **EMPFEHLUNGEN**

"Angesichts der unerbittlichen Verübung von Verbrechen nach internationalem Recht, einschließlich Verbrechen gegen die Menschlichkeit, und der in dem Land herrschenden Straflosigkeit fordern wir die Anklagebehörde des IStGH auf, die Situation in Venezuela entschlossen voranzutreiben und zu erwägen, das Verbrechen gegen die Menschlichkeit des gewaltsamen Verschwindenlassens in ihre Untersuchung einzubeziehen", sagte Agnès Callamard.

"Die venezolanischen Behörden müssen die Praxis des gewaltsamen Verschwindenlassens ohne Ausreden oder Verzögerungen beenden. Die Familien haben ein Recht darauf, das Schicksal und den Verbleib all derer zu erfahren, die gewaltsam verschwunden sind. Außerdem müssen alle Personen, die aus politischen Gründen willkürlich inhaftiert wurden, unverzüglich freigelassen werden."

"Die Staaten sollten alle ihnen zur Verfügung stehenden diplomatischen und multilateralen Kanäle nutzen, um Druck auf die venezolanischen Behörden auszuüben, damit diese das Schicksal und den Verbleib der Inhaftierten bekannt geben und alle willkürlich Inhaftierten freilassen. Sie sollten auch von der universellen oder anderen Formen der extraterritorialen Gerichtsbarkeit Gebrauch machen, um alle mutmaßlichen Täter des gewaltsamen Verschwindenlassens zu untersuchen und, sofern ausreichende Beweise vorliegen, strafrechtlich zu verfolgen."

"Die venezolanischen Behörden versuchen, die Zivilgesellschaft zu ersticken, die trotz aller Widrigkeiten die Angriffe und Drohungen tapfer erträgt. Amnesty fordert die Staaten auf, die technische, politische und finanzielle Unterstützung für venezolanische Menschenrechtsverteidiger\*innen, Journalist\*innen und Organisationen der Zivilgesellschaft, die innerhalb und außerhalb Venezuelas tätig sind, zu verstärken."

## **Hintergrundinformationen:**

Das Internationale Übereinkommen zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen definiert Verschwindenlassen als "die Festnahme, Inhaftierung, Entführung oder jede andere Form des Freiheitsentzugs durch Vertreter des Staates oder durch Personen oder Personengruppen, die mit Genehmigung, Unterstützung oder Duldung des Staates handeln, gefolgt von der Weigerung, den Freiheitsentzug anzuerkennen, oder von der Verheimlichung des Schicksals oder des Aufenthaltsortes der verschwundenen Person, wodurch diese Person dem Schutz des Gesetzes entzogen wird".

Das Interamerikanische Übereinkommen über das gewaltsame Verschwindenlassen von Personen definiert den Begriff in ähnlicher Weise als "die Handlung, durch die einer Person oder mehreren Personen die Freiheit entzogen wird, gleichgültig auf welche Weise, begangen von Vertretern des Staates oder von Personen oder Personengruppen, die mit Genehmigung, Unterstützung oder Duldung des Staates handeln, gefolgt von der Abwesenheit von Informationen oder der Weigerung, diese Freiheitsentziehung anzuerkennen oder Informationen über den Verbleib dieser Person zu geben, wodurch ihr die Inanspruchnahme der geltenden Rechtsmittel und Verfahrensgarantien erschwert wird."

Im September 2018 leitete die Anklagebehörde des IStGH eine Voruntersuchung zu möglichen Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Venezuela ein. Diese Untersuchung, die auf Ersuchen der damaligen Anklagebehörde eingeleitet wurde, wurde 2018 durch eine Eingabe von sechs Vertragsstaaten des Gerichtshofs unterstützt: Argentinien, Kanada, Kolumbien, Chile, Paraguay und Peru, denen sich später Uruguay und Ecuador im Jahr 2024 bzw. 2025 anschlossen. Im Jahr 2020 kam die Anklagebehörde zu dem Schluss, dass es mindestens seit April 2017 hinreichende Gründe für die Untersuchung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit gibt.

Derzeit untersucht der IStGH Verbrechen gegen die Menschlichkeit wie Freiheitsberaubung oder andere schwerwiegende Formen der körperlichen Freiheitsberaubung, Folter, Vergewaltigung, sexuelle Sklaverei, Zwangsprostitution, erzwungene Schwangerschaft, Zwangssterilisation oder jede andere Form sexueller Gewalt von vergleichbarer Schwere sowie die Verfolgung einer Gruppe oder eines Kollektivs mit eigener Identität aus politischen, rassistischen, nationalen, ethnischen, kulturellen, religiösen, geschlechtsspezifischen oder anderen Gründen, die allgemein als inakzeptabel anerkannt sind.